

Bremische Bürgerschaft

Landtag

21. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde der 36. Sitzung

Anfrage 1: TikTok statt Tafelbild – Wie sicher sind Bremens Schul-iPads?
Anfrage der Abgeordneten Yvonne Awerwiler, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 18. Juni 2026

Wir fragen den Senat:

1. Welche Kenntnisse hat der Senat darüber, ob und in welchem Umfang Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen im Land Bremen schulische iPads zum Zugriff auf soziale Medien, Messenger-Dienste, Videoplattformen oder vergleichbare Angebote nutzen?
2. Welche technischen und organisatorischen Maßnahmen bestehen derzeit, um auf schulischen iPads den Zugriff auf nicht freigegebene Apps, soziale Medien sowie unangemessene oder datenschutzrechtlich problematische Inhalte zu verhindern?
3. Wie beurteilt der Senat die Wirksamkeit der bestehenden Schutzmaßnahmen, und besteht aus seiner Sicht weiterer Handlungsbedarf – insbesondere im Hinblick auf Umgehungsmöglichkeiten, die schulische Aufsichtspflicht sowie die Einhaltung der landesweiten App-Whitelist?

Anfrage 2: Queersensible Anzeigenaufnahme im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Selin Arpac, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 18. Juni 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele queerfeindliche Straftaten wurden seit ihrem Bestehen in den queersensiblen Anzeigenaufnahmen in den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven von Opfern oder Zeug:innen (bitte differenzieren) angezeigt, und wie viele wurden im gleichen Zeitraum in den weiteren Polizeistandorten beziehungsweise telefonisch oder online angezeigt? (Bitte nach Standorten und Formen differenziert.)
2. Wie viele Personen haben sich unabhängig von einer Strafanzeige an die queersensiblen Anlaufstellen gewandt, um Rat einzuholen oder sich an Hilfsstellen vermitteln zu lassen?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, queerfeindliche Vorfälle über diese queersensible Anlaufstellen systematisch zu dokumentieren und sich ein realistisches Lagebild zu verschaffen, und welche Schlüsse zieht der Senat daraus?

**Anfrage 3: Befristung der Feststellung der Kampfmittelfreiheit in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 18. Juni 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Gründe und Umstände gibt es dafür, dass nach einer bereits erfolgten Feststellung der Kampfmittelfreiheit eines Grundstücks für ein Bau- oder Abbruchvorhaben in bestimmten Fällen eine erneute Prüfung für das Grundstück erfolgen muss, zum Beispiel, wenn sich ein Bauvorhaben sehr lange verzögert hat?
2. Welche weiteren Quellen bezüglich der Erweiterung des Luftbildarchivs oder der Erschließung der weiteren historischen Quellen oder weitere Erkenntnisse sind in Bremen aktuell und in den kommenden Jahren zu erwarten, die eine Lageänderung bezüglich Erkenntnissen über einen Kampfmittelverdacht an entsprechenden Standorten im Land Bremen wahrscheinlich machen könnten?
3. Welche Reformüberlegungen hat es bislang in Bremen gegeben, um die für Bauherren mit zusätzlicher Bürokratie, Wartezeit und damit Kosten verbundene Befristung entsprechender Bescheinigungen künftig zu vermeiden, und was war das jeweilige Ergebnis dieser Prüfung?

Anfrage 4 wurde von den Fragestellenden zurückgezogen.

**Anfrage 5: 19 Jahre ohne Altersbericht: Seniorinnen und Senioren aus den Augen, aus dem Sinn?
Anfrage der Abgeordneten Kerstin Eckardt, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 24. Juni 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Hält der Senat den Landespflegebericht 2023 für einen inhaltlichen Ersatz des zuletzt 2007 veröffentlichten Altenberichts des Landes Bremen? Wenn ja, mit welcher Begründung?
2. Wie bewertet der Senat die aktuelle Datengrundlage zur Lebenssituation älterer Menschen im Land Bremen, insbesondere in den Bereichen Altersarmut, Einsamkeit, Mobilität, Wohnen, Sicherheit, gesellschaftliche Teilhabe und ehrenamtliches Engagement?
3. Plant der Senat die Erstellung eines neuen Alten- beziehungsweise Seniorenberichts für das Land Bremen? Wenn nein, warum nicht, und wie beabsichtigt der Senat künftig eine ressortübergreifende Berichterstattung zur Lebenssituation älterer Menschen sicherzustellen?

Anfrage 6: Drastischer Anstieg der Firmeninsolvenzen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Dr. Wiebe Winter und Fraktion
der CDU
vom 25. Juni 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass laut Daten des Verbandes der Vereine Creditreform e. V. die Insolvenzquote im Land Bremen von 74 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen im ersten Halbjahr 2025 (sechshöchster Wert im Ländervergleich) um über 60 Prozent auf 119 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen im ersten Halbjahr 2026 (zweithöchster Wert im Ländervergleich) angestiegen ist, und was bedeutet das nach Kenntnis des Senats in absoluten Zahlen?
2. Wie hoch schätzt der Senat die durch die Unternehmensinsolvenzen ausgelösten Schäden bei Gläubigern, die Gefährdung beziehungsweise den Verlust an Arbeitsplätzen und die Gefahr einer Kettenreaktion, etwa im Hinblick auf den Anstieg von Privatinsolvenzen, ein?
3. Welches sind auf Sicht des Senats die wichtigsten Gründe für den drastischen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen, auf welche dieser Aspekte hat er unmittelbar oder mittelbar Einfluss, und wie will er diesen nutzen, um die Negativentwicklung zu stoppen beziehungsweise umzukehren?

Anfrage 7: Zeiterfassung von Lehrkräften
Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 25. Juni 2026

Wir fragen den Senat:

1. Welche Vorteile sieht der Senat im UNTIS-Zeiterfassungsmodell, welche Kosten sind für Einführung, Nutzung und gegebenenfalls Entwicklung des Tools bislang entstanden beziehungsweise zu erwarten und wie bewertet der Senat diese Kosten im Vergleich zu anderen Anbietern?
2. Welche konkreten personellen und finanziellen Konsequenzen plant der Senat, wenn sich die GEW-Studien (Studien der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) von durchschnittlich zwei bis drei Überstunden pro Woche bestätigen?
3. Welche Schlussfolgerungen zieht der Senat, falls sich herausstellt, dass Mehrarbeit nicht gleichmäßig bei allen Lehrkräften auftritt, sondern nur einen Teil der Kollegien betrifft, und welche Konsequenzen hätte ein solch differenziertes Ergebnis für die geplante Weiterentwicklung des Arbeitszeitmodells?

Anfrage 8: Angriffe auf medizinisches Personal: Wie steht der Senat zum Referentenentwurf zur Stärkung des strafrechtlichen Schutzes?

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 25. Juni 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums zur Stärkung des strafrechtlichen Schutzes des Gemeinwesens, der unter anderem Mitarbeiter der Gesundheitsberufe künftig unter besonderen Schutz stellen soll?
2. Welche Stellungnahme wurde dazu zu den im Referentenentwurf vorgesehenen Änderungen abgegeben?
3. Auf welcher Grundlage kommt der Senat – anders als das Bundesjustizministerium – in seinem Bericht zum Antrag der FDP-Fraktion „Gewalt gegen medizinisches Personal konsequent begegnen“ vom 24. April 2026 zu der Einschätzung, dass der derzeitige strafgesetzliche Rahmen ausreichend sei?

Anfrage 9: Wie ist der Stand der Digitalisierung der Gesundheitsämter?

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 25. Juni 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den Digitalisierungsgrad der Gesundheitsämter in Bremen und Bremerhaven, auch mit Blick auf andere Bundesländer?
2. Welche Digitalisierungsprojekte wurden in den vergangenen fünf Jahren umgesetzt, welche konnten bislang noch nicht umgesetzt werden und aus welchen Gründen?
3. Welche konkreten Ziele verfolgt der Senat bis zum Jahr 2030 hinsichtlich der Digitalisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes im Land Bremen?

Anfrage 10: Nationales Aktionsprogramm Kreislaufwirtschaft: Neue Impulse für Bremen und Bremerhaven?

Anfrage des Abgeordneten Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28. Juni 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat das Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Umsetzung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie?
2. Welche Potenziale sieht der Senat darin zur Stärkung kreislaforientierter Ansätze im Land Bremen, insbesondere in den Bereichen der öffentlichen Beschaffung und der Innovationsförderung mit Schwerpunkt Circular Economy?
3. Wie setzt sich der Senat konkret dafür ein, bürokratische Hürden zu reduzieren, um zirkuläre Geschäftsmodelle zu stärken?

**Anfrage 11: Wohngeldkürzung: Auswirkungen auf Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke
vom 7. Juli 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Menschen in Bremen und Bremerhaven werden voraussichtlich in 2027 ihren Anspruch auf Wohngeld in Zusammenhang mit den vorgestellten Kürzungen auf Bundesebene verlieren?
2. Wie viele Bremer:innen werden in 2027 voraussichtlich aufgrund des Verlusts von Wohngeldansprüchen oder wegen Wohngeldkürzungen Grundsicherung oder Sozialhilfe beantragen müssen?
3. Wie bewertet der Senat die angekündigten Kürzungen beim Wohngeld?

**Anfrage 12: Wohnungsnot statt Wohnpartnerschaften – Welche Bilanz zieht der Senat nach dem Aus von „Wohnen für Hilfe“?
Anfrage der Abgeordneten Kerstin Eckardt, Oguzhan Yazici, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 8. Juli 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Anfragen von wohnraumanbietenden Personen und wohnungssuchenden Personen gingen seit Projektbeginn jährlich bei „Wohnen für Hilfe“ ein, wie viele Wohnpartnerschaften wurden daraus jeweils neu vermittelt, wie viele bestanden zum Jahresende sowie zum Zeitpunkt der Einstellung des Projekts fort, und wie hoch war die durchschnittliche Dauer der beendeten Wohnpartnerschaften? (Bitte jahresweise tabellarisch darstellen.)
2. Welche öffentlichen Mittel wurden für das Projekt seit Projektbeginn jährlich bereitgestellt (bitte nach Finanzierungsquellen aufschlüsseln), welche Gesamtkosten sind entstanden, und wie bewertet der Senat das Verhältnis von Mitteleinsatz zu den erreichten Vermittlungen?
3. Aus welchen Gründen wurde das Projekt eingestellt, und mit welchen Maßnahmen will der Senat künftig die Ziele des Projekts, die bessere Nutzung bestehenden Wohnraums, die Entlastung des studentischen Wohnungsmarktes und die Verringerung von Einsamkeit im Alter, erreichen?

Anfrage 13: Wie oft klingelt das Jobcenter heute? – Hausbesuche in Bremen und Bremerhaven 2

**Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thorsten Raschen, Bettina Hornhues, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 8. Juli 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich Anzahl der Hausbesuche des Jobcenters Bremen, die für die Zeit zwischen Januar 2023 und Juli 2024 mit 2 535 und für das „Team Außendienst“ in Bremerhaven für den gleichen Zeitraum mit 2 539 angegeben wurde, seitdem entwickelt? (Bitte für bessere Vergleichsmöglichkeiten für beide Kommunen für die letzten fünf Jahre getrennt und tabellarisch angeben.)
2. Inwiefern wurden die Mitarbeitenden des Fachteams Außendienst im Jobcenter Bremen mit 4,89 Vollzeitäquivalenten durch die im Jahr 2025 durch die Hausbesuche erzielten Einsparungen in Höhe von 872 022,57 Euro faktisch refinanziert, und aus welchen Gründen ist trotzdem keine Ausweitung der Hausbesuche vorgesehen?
3. Ist dem Senat das seit November 2025 im thüringischen Landkreis Nordhausen unter Leitung eines SPD-Landrats durchgeführte Modellprojekt für Bürgergeldempfänger unter 25 Jahren bekannt, bei dem unter anderem gemeinnützige Arbeitsmaßnahmen mit unangekündigten Hausbesuchen verbunden werden, und wie bewertet der Senat dieses Vorgehen insbesondere im Hinblick auf Arbeitsmarktintegration, Missbrauchsbekämpfung und Wirtschaftlichkeit sowie die Möglichkeit einer Übertragung vergleichbarer Elemente auf die Jobcenter in Bremen und Bremerhaven?

Anfrage 14: Stillstand auf der Schiene – wie möchte der Senat die Bahnanbindung für Bremen und Bremerhaven zukunftsfest sichern?

**Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 15. Juli 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die aktuellen Entwicklungen zur Finanzierung des Ausbaus und der Ertüchtigung der Schieneninfrastruktur seitens des Bundes?
2. Wie setzt sich der Senat auf Bundesebene und in den Länderkammern für eine leistungsfähigere Schieneninfrastruktur für Personen- und Güterverkehre ein?
3. Welche Konsequenzen ergeben sich für den Hafenstandort Bremerhaven hinsichtlich seiner Klimabilanz und internationalen Wettbewerbsfähigkeit, wenn der Güterverkehr ins Hinterland nicht verlässlich und zunehmend auf die Schiene verlagert werden kann?

Anfrage 15: Halbjahresbilanz der FreiKarte
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke
vom 29. Juli 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie viel des vorhandenen Budgets für die FreiKarte wurde im 1. Halbjahr 2026 abgerufen, wie viel davon in Bremen und wie viel in Bremerhaven?
2. Lassen sich Aussagen dazu ableiten, in welchen Stadtteilen besonders hohe und in welchen eine vergleichsweise niedrige Inanspruchnahmequote vorliegt?
3. Wie ist das Ranking der Annahmestellen; wo wird die FreiKarte besonders häufig eingesetzt, wo weniger (wenn möglich regional und nach Einrichtungsart clustern)?

Anfrage 16: Wann kommt das Lagebild zum Sozialleistungsmissbrauch im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 3. August 2026

Wir fragen den Senat:

1. Welche Daten werden im Land Bremen derzeit über Verdachtsfälle von Sozialleistungsmissbrauch, deren Überprüfung sowie bestätigte/nicht bestätigte Fälle erhoben, und welche Veränderungen ergeben sich durch das „Kompetenzzentrum Leistungsmissbrauch“ gegenüber den zuvor bestehenden Instrumenten zum Datenaustausch und der behördenübergreifenden Zusammenarbeit?
2. Welche Möglichkeiten zum Datenaustausch und Aufbau einer übergeordneten Statistik zum Sozialleistungsmissbrauch im Land Bremen bestehen, und wie kann nach Ansicht des Senats ein behördenübergreifendes Lagebild geschaffen werden?
3. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat darüber vor, wie andere Bundesländer behördenübergreifende Lagebilder oder gemeinsame Auswertungen zum Sozialleistungsmissbrauch organisieren, und inwiefern ist geplant, künftig eine systematische Statistik als Grundlage eines regelmäßigen Lagebildes im Land Bremen einzuführen?

Anfrage 17: Schulprogramm „Respekt Coaches“ gegen extremistische Ideologien vor dem Aus?
Anfrage der Abgeordneten Kai Wargalla, Dr. Franziska Tell, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 6. August 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat das von der Bundesregierung geplante Auslaufen des Bundesprogramms „Respekt Coaches“ zum Jahresende?
2. Wie viele Schüler:innen an wie vielen Schulen im Land Bremen wurden durch das Programm bisher erreicht?
3. Inwieweit setzt sich der Senat für eine Fortsetzung des Programms ein?

Anfrage 18: Vollziehung lebenslanger Freiheitsstrafen in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und
Fraktion Die Linke
vom 10. August 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Personen, die in der Justizvollzugsanstalt Bremen eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßten und 2021 und 2022 nach § 57a Strafgesetzbuch aus der Haft entlassen wurden, verstarben innerhalb eines halben Jahres nach der Entlassung? (Bitte getrennt nach Jahren angeben.)
2. Wie viele Personen, die in der Justizvollzugsanstalt Bremen eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßten und 2021 und 2022 nach § 456 Strafprozessordnung aus der Haft entlassen wurden, verstarben innerhalb eines halben Jahres nach der Entlassung? (Bitte getrennt nach Jahren angeben.)
3. Wie viele Personen, die in der Justizvollzugsanstalt Bremen eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßten und 2021 und 2022 durch Überstellung ins Ausland aus der Haft entlassen wurden, verstarben innerhalb eines halben Jahres nach der Entlassung? (Bitte getrennt nach Jahren angeben.)

Anfrage 19: Hitzebedingte Sterbefälle im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Kerstin Eckardt, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der
CDU
vom 18. August 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele hitzebedingte Sterbefälle wurden nach Kenntnis des Senats in den Jahren 2023, 2024, 2025 sowie bislang im Sommer 2026 im Land Bremen registriert?
2. Welche konkreten flankierenden Maßnahmen hat der Senat in diesem Sommer ergriffen, um insbesondere ältere Menschen, chronisch Erkrankte, Pflegebedürftige und andere besonders gefährdete Personengruppen vor den gesundheitlichen Folgen extremer Hitze zu schützen?
3. Welche konkreten messbaren Erfolge kann der Senat seit Einführung des Hitzeaktionsplans bezüglich Vermeidung beziehungsweise Reduzierung hitzebedingter Sterbefälle nachweisen, und an welchen Stellen sieht er selbst noch Versäumnisse und Verbesserungsbedarfe?

Anfrage 20: 65 Jahre Mauerbau: Wie vermittelt Bremen die Geschichte der deutschen Teilung?

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 19. August 2026

Wir fragen den Senat:

1. Welche Veranstaltungen, Projekt und Bildungsangebote hat die Landeszentrale für politische Bildung Bremen anlässlich des 65. Jahrestages des Mauerbaus am 13. August 2026 selbst durchgeführt oder unterstützt?
2. Warum wurde anders als zum 60. Jahrestag im Jahr 2021 kein eigenes Bildungsprojekt zum Jahrestag des Mauerbaus in 2026 durchgeführt?
3. Welche Maßnahmen hat die Landeszentrale für politische Bildung Bremen in den vergangenen fünf Jahren zur Vermittlung der Themen Berliner Mauer, SED-Diktatur und deutschen Teilung durchgeführt; welche Materialien, Veranstaltungen und Bildungsangebote hält sie aktuell vor und wie häufig werden die Angebote nachgefragt?

Anfrage 21: SEK auf Abruf – aktueller Stand der Rufbereitschaft

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 19. August 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist der aktuelle Stand der angekündigten Neuregelung zur Rufbereitschaft des Spezialeinsatzkommandos (SEK) Bremen einschließlich der sogenannten 3-zu-8-Vergütung, und wann wird die neue Arbeitszeitverordnung im Senat beschlossen?
2. Zu welchem Zeitpunkt soll die verbindliche Rufbereitschaft des SEK wieder vollständig angeordnet und praktisch umgesetzt sein?
3. Wie stellt der Senat bis zur endgültigen Umsetzung der Neuregelung sicher, dass das SEK jederzeit verlässlich einsatzbereit ist und die Einsatzbereitschaft nicht weiterhin maßgeblich von freiwilliger Bereitschaft der SEK-Beamten abhängt?